

Festlegungsprotokoll der Beratung des Parteivorstandes vom 26. und 27. Januar 2019

Samstag, 26. Januar 2019

11.15 bis 11.25 Uhr TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschlussfassung über Tagesordnung, Zeitplan, Beschlusskontrolle

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt. Der Bericht des Jugendverbandes wurde auf Sonntag verschoben. Nachgereichte Vorlagen wurden in der Tagesordnung einsortiert. Die Tagesordnung wurde geändert beschlossen. Die Beschlusskontrolle (Vorlage 2019/001i) wurde zur Kenntnis genommen. Es wurde beschlossen, die Sitzung um 12.15 Uhr zu unterbrechen, um an der Kundgebung zum Aktionstag für die Streichung von § 2019a vor der Volksbühne teilzunehmen.

11.25 bis 12.30 Uhr TOP 2 Aktuelles

Themen der Verständigung waren:

- Die Kundgebung zum Aktionstag für die Streichung der §§ 218/219
- Der Prüffall des Verfassungsschutzes zur AfD
- Der Bewegungsratschlag vom 18. Januar (Themen: Kampf gegen Rechts, Klimaschutz und soziale Frage)
- Unsere Pflegekampagne
- Der Braunkohleausstieg
- Das Vorhaben der „Gelbwesten“ zur Europawahl anzutreten
- Steuerzahlungen in der EU
- Der Brexit
- Aktuelle Tarifeinsetzungen/-verhandlungen und Streiks (Beispiel Sicherheitspersonal Flughäfen)
- Seawatch und private Seenotrettung
- Das Polizeigesetz in Brandenburg (Beschluss)
- Afghanistan
- Der Bericht vom Treffen mit der HDP-Delegation
- Die Gefangenen in Katalonien
- Die Schülerdemos „Friday for future“
- Der Rollback im Bereich der Behindertenpolitik
- Die Wahl von **Violeta Tomič** (Slowenien, Levica) als Spitzenkandidatin und **Nico Cué** (Belgien) als Spitzenkandidat für die Europawahlen 2019

Die **Selbstverteidigung zum Schutz der Mieter*innen – den Rechtsstaat auf links drehen** wurde bei einer Enthaltung und in geänderter Fassung mehrheitlich beschlossen. **Beschluss 2019/019**

Die **Begrüßung der Freilassung der HDP-Abgeordneten Leyla Güven** wurde einstimmig beschlossen. **Beschluss 2019/017**

Fridays for future – Ihr habt recht! wurde einstimmig beschlossen. **Beschluss 2019/018**

DIE LINKE verurteilt den Putschversuch in Venezuela wurde bei vier Enthaltungen mehrheitlich beschlossen. **Beschluss 2019/012**

12.30 Uhr Teilnahme Kundgebung

13 bis 13.20 Uhr Mittagessen

13.20 bis 17.30 Uhr **TOP 3 Europawahlkampf**

Steffen Twardowski stellte aktuelle Umfrageergebnisse zum aktuellen Wähler*innenpotential etc. vor. Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler präsentierte die Kommunikationsstrategie für den Europawahlkampf. Diese wurde von den Vorstandsmitgliedern als Tischvorlage mit folgenden Anmerkungen zur Kenntnis genommen:

- Das Thema „gegen Rechts“ soll mehr in den Mittelpunkt gerückt werden.
- Es soll geprüft werden ein zusätzliches Wahlwerbemittel für zentrale Wahlveranstaltungen zu produzieren.
- Das Selbstverständnis als dritter Pol zwischen EU-Befürwortern und EU-Gegner wurde vereinzelt als zu waghalsig eingeschätzt.

Anschließend präsentierte Carsten Dannel von der Agentur „Berliner Botschaft“ den aktuellen Arbeitsstand zur Wahlkampagne.

Hierzu gab es in der Diskussion folgende Anmerkungen:

- Klareres Klimawandel-/Ökologiemotiv
 - Wohnungspolitik fehlt
 - Das Themenplakat zum Frieden nicht nur auf Waffenexporte beschränken
 - Botschaften sind schlüssig
 - Bei der Stickerkarte ist der Gendersticker mit Mütze unverständlich
 - Den Begriff „Seele Europas“ nicht verwenden
 - Themenplakat mit Granate strittig, lieber Kleinwaffe oder Panzer etc.
 - Ein Bewegungsmotiv fehlt
 - Frauen sollen spezifischer angesprochen werden
 - Eine bessere Anknüpfung an die Pflegekampagne wäre wünschenswert
 - Themenplakat zur Behindertenpolitik fehlt
 - Das Kurzwahlprogramm wieder als Audioversion herstellen (wird realisiert)
 - Die gezeigten Plakate seien für den Kommunalwahlkampf ungeeignet /keine Verbindung zum Kommunalwahlkampf
 - Mehrmals wurde genannt noch ein Plakat gegen Rassismus bzw. „gegen Rechts“ aufzunehmen
 - Hintergrundfarben/Pastelltöne sind im Frühling/Sommer schwer zu sehen
 - „Europa solidarisch“ besser als „Europa nur solidarisch“
- Es wurde verabredet, ein Plakat zum Thema „gegen Rechts“ zu machen

Die **Vorwahlkampagne** wurde mehrheitlich beschlossen.

Beschluss 2019/006

17.30 bis 18.30 Uhr **TOP 4 Überwiesene Anträge Bundesparteitag Leipzig**

- Vorlage 2018/108:
- G.1. Anhebung der sanktionsfreien Mindestsicherung
(Zu diesem Antrag gab es keine Abstimmung. Es wurde beschlossen eine Arbeitsgruppe zum Thema Mindestsicherung zu gründen. Teilnehmer*innen aus dem Parteivorstand sind Katja Kipping, Ralf Krämer und Jochem Visser), weitere sollen dazu eingeladen werden.
- G.5. Für eine solidarische weltoffene Flüchtlingspolitik (wurde vertagt)
- G.9. Für eine moderne, weltoffene Migrationspolitik (wurde vertagt)

- G.26. Linke Opposition gegen Rechts (wurde mehrheitlich abgelehnt)
- P.6. Parteidiskussion Migration (da die im Antrag befindlichen Forderungen bereits umgesetzt werden, wurde dieser Antrag für erledigt erklärt).
- P.8. Parteidiskussion Strategie der LINKEN (abgelehnt)

18.30 bis 19.00 Uhr **TOP 7 Behandlung weiterer Vorlagen**

Die **Aktionen anlässlich des Internationalen Tags gegen Rassismus** wurden einstimmig beschlossen.

Beschluss 2019/005

Die **Teilnahme am Kirchentag 2019 in Dortmund** wurde einstimmig beschlossen.

Beschluss 2019/008

Sonntag, 27. Januar 2019

9.30 bis 9.20 Uhr **Fortsetzung TOP 7 Behandlung weiterer Vorlagen**

Die **Solidarität mit den linken Kräften in Brasilien** wurde einstimmig beschlossen.

Beschluss 2019/015

(Es wurde sich dazu verständigt, die Begründung des Antrages im Beschluss mit anzugeben)

9.20 bis 11.15 Uhr **Fortsetzung TOP 4 Überwiesene Anträge Bundesparteitag Leipzig**

- Vorlage 2018/108:
- G.11. Gemeinwohl-Ökonomie (bei einigen Enthaltungen abgelehnt, der Parteivorstand möchte sich mit dem Thema in Zukunft detaillierter beschäftigen)
- G.16. Impfpflicht (nach längerer Diskussion wurde entschieden, keinen Beschluss zu fassen)
- P.1. Friedensinitiative 2010 (Ein Ersetzungsantrag wurde mehrheitlich angenommen)

Beschluss

2018/108 P.1.

- P.5. Ursachen Rechtsentwicklung und Schlussfolgerungen (der Antrag wurde in geänderter Fassung einstimmig beschlossen. Der Beschluss und der Anhang der Vorlage werden auf der Homepage und im Newsletter veröffentlicht um die Diskussion innerhalb der Partei anzuregen.

Beschluss

2018/108 P.5.

- P.14. Widerstand 31. Mai supporten (wurde von den Antragsteller*innen zurückgezogen)
- G.3. Frauen und Rente (abgelehnt)

11.15 bis 11.30 Uhr **Fortsetzung TOP 2 Aktuelles**

Jakob Migenda hielt den Bericht von linksjugend ['solid]. Der Parteivorstand nahm diesen zur Kenntnis.

11.30 bis 13.30 Uhr **TOP 5 Europaparteitag**

Es gab folgende Verständigung zu den eingereichten Anträgen zum Europaparteitag in Bonn:

G.1. Änderungsantrag des PV; Bernd Riexinger macht einen Vorschlag, der im GfPV abgestimmt werden muss

G.2. Änderungsantrag der IK, V: Heinz Bierbaum

G.3.,4.,6.,8.,9.,10. und 12. Ersetzungsantrag des Parteivorstandes, V.: Jörg Schindler

Abstimmung mit Antragssteller_innen: Johanna Scheringer-Wright

G.5. Empfehlung an den Parteitag: Überweisen an den Bundesausschuss

Verantwortlich: Sofia Leonidakis

G.7. Empfehlung an den Parteitag: Überweisung an den Bundesausschuss

Verantwortlich: Jörg Schindler

G.11. Empfehlung an den Parteitag: Nichtbefassung.

Verantwortlich: Harald Wolf

G.13. Änderungsantrag des Parteivorstandes

Verantwortlich: Tobias Bank

G.14. Empfehlung an den Parteitag: Zustimmung

Verantwortlich: Bettina Gutperl, Kerstin Köditz, Friederike Benda

P.1.: Änderungsantrag des PV: nur die Punkte 1 bis 7 mit einer Änderung zu beschließen

Verantwortlich: Harald Wolf, Andrej Hunko

P.2. Empfehlung an den Parteitag: Ablehnung

Verantwortlich: Jörg Schindler

P.3. Empfehlung an den Parteitag: keine Behandlung

Verantwortlich: Kerstin Köditz, Christian Schaft

P.4. Empfehlung an den Parteitag: Überweisen an den PV

Verantwortlich: Janine Wissler

P.5. Empfehlung an den Parteitag: Überweisen an den PV

Verantwortlich: Jörg Schindler

P.6. Änderungsantrag des PV

Verantwortlich: Jörg Schindler

P.7.: Ersetzungsantrag des Parteivorstandes

Verantwortlich: Tobias Pflüger, Sofia Leonidakis, (Marika Tändler-Walenta)

P.8. Empfehlung an den Parteitag: Zustimmung

Verantwortlich: Christine Buchholz, Ali Al-Dailami

S.1. Empfehlung: Zustimmung (PV Miteinreicher)

Verantwortlich: Jörg Schindler

S.2. Empfehlung an den Parteitag: Ablehnung

Verantwortlich an den Parteitag: Harald Wolf

S.3. Empfehlung an den Parteitag: Ablehnung

Verantwortlich: Harald Wolf

Der **Finanzplan für den Europaparteitag in Bonn** wurde bei zwei Nein-Stimmen und mehreren Enthaltungen mehrheitlich beschlossen. **Beschluss 2019/002**

13.30 bis 13.50 Uhr Mittagspause

13.50 bis 14.15 Uhr **Fortsetzung TOP 7** **Behandlung weiterer Vorlagen**

Die **Wahlkampfmittel aus dem zentralen Wahlkampffonds für den Landesverband Bremen** wurden einstimmig beschlossen.

Beschluss 2019/003

Die **Finanzierung der Veranstaltungen »geDRUCKtes«** wurde bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

Beschluss 2019/004

Die **Finanzielle Unterstützung der Europatage in Essen** wurde einstimmig beschlossen. **Beschluss 2019/009**

14.15 bis 14.40 Uhr **TOP 6** **Feministische Offensive**

Bettina Gutperl und Friederike Benda hielten den Bericht der Feministischen Offensive. Dieser wurde vom Parteivorstand zur Kenntnis genommen.

Der **Frauen*streik und Frauen*kampftag** wurden bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

Beschluss

2019/011

14.40 bis 14.55 Uhr **Fortsetzung TOP 7** **Behandlung weiterer Vorlagen**

Den **INF-Vertrag** zu **erhalten** wurde mit einer Ergänzung einstimmig beschlossen. **Beschluss 2019/014**

Kein Einmarsch der Türkei in Rojava wurde in geänderter Fassung einstimmig beschlossen.

Beschluss 2019/016

14.55 bis 15.00 **TOP 8** **Verschiedenes**

Die nächste Beratung wird am 16. Februar eintägig stattfinden. Themen werden der Finanzplan 2019 und die Parteitagsanträge sein. Die Sitzung in Bonn wird am Donnerstag, den 21. Februar von 15 bis 18.30 Uhr stattfinden.

Ende der Beratung: 14.50 Uhr

Verteiler: Verteiler entsprechend Geschäftsordnung des Parteivorstandes, Anlage 2
Bereichs- und Büroleiter/innen der Bundesgeschäftsstelle.